



Die politischen Diskurse zwischen Werben und Hetzen

Anerkennung und Kritik als Ziele der Demokratie?

Dr. Barbara Strohschein

Oktober 2017

Zusammenfassung

Es wird selbstverständlich hingenommen, dass Politiker ihre Gegner massiv angreifen und dass sie zur Zielscheibe von Spott und Kritik unterhalb der Gürtellinie werden.

Meinungsfreiheit wird als Freiraum für Ab- und Entwertungen genutzt. Aber ist das wirklich das, was alle wollen?

Politische Diskurse könnten sachbezogen, fair, entschlossen und zielstrebig geführt werden. Und auch wenn sehr unterschiedliche Positionen aufeinander treffen, wäre gerade gegenseitiger Respekt eine Voraussetzung für die Lösung von Konflikten.

Es geht darum, im politischen und wirtschaftlichen Diskurs eine Kultur der Anerkennung zu entwickeln, die mit scharfen, klaren und rechtsrelevanten Grenzziehungen allen radikalen und menschenverachtenden politischen Äußerungen und Handlungen notwendig verknüpft wird.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die Freiheit zum Meckern, Denunzieren - ein Aspekt der Demokratie?

Verfolgt man die öffentlichen Diskurse – gleich wo – ist das an der Tagesordnung: Es wird über alles gemeckert und gemäkelt. Das findet nicht nur im Wahlkampf, sondern auf allen Ebenen statt. Politiker werden bei ihren öffentlichen Auftritten mit Buhrufen empfangen und mit Tomaten und Eiern beworfen (die man ja weit sinnvoller verwenden könnte). Politiker werden denunziert, verbal und tätlich angegriffen.

Im Internet, in der Schule, am Arbeitsplatz wird gemobbt. In den öffentlichen Diskussionen ist es en vogue, sich gegenseitig herunterzumachen. Ist das die Freiheit in einem demokratischen Diskurs? Hetze aber auch unrealistische Versprechungen sind im politischen Diskurs Mode geworden!

Diese entwertende Kommunikation ist so normal und selbstverständlich geworden, dass es niemand mehr auffällt. Und – was noch bemerkenswerter ist – es wird nicht in Betracht gezogen, welche Auswirkung dieser Umgang hat: Es herrscht eine angespannte, hektische Atmosphäre vor, freudlos, lieblos unkonstruktiv. Wer will das eigentlich so haben?

Faire Rededuelle oder doch lieber Schlammschlachten?

Als ich vor der Wahl das Rededuell zwischen Frau Merkel und Herrn Schulz verfolgte, sah ich zwei Politiker, die darum bemüht waren, fair zu sein und sachlich auf die Fragen der Journalisten Auskunft zu geben. Dieser Diskurs wurde als langweilig und fade abgeurteilt. Aber die Rededuelle, die „unter der Gürtellinie“ geführt wurden, wie im letzten Wahlkampf in Österreich und in den USA – die will man auch nicht haben. Also was dann? Die vielbeschworene Streitkultur? Erzeugt Streit nicht weit mehr Probleme, als dass durch Streit Probleme gelöst werden?

Auch wenn ich keineswegs mit den Entscheidungen dieser beiden Politiker einverstanden bin, so kann ich anerkennen, dass sie Menschen sind, die Respekt verdienen, auch wenn sie drängende Fragen ausklammern.

Dieser Respekt bedeutet eben auch, massiv zu kritisieren, wie wenig es den Politikern insgesamt gelingt, die brisanten Probleme zu lösen, die langfristig gravierende Folgen haben: die zunehmende Alters- und Kinderarmut, Digitalisierung der Arbeitswelt und der daraus entstehenden Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit, fehlende effektive Bildungspolitik, Klimaschutz, Kapitalabgabesteuer, mangelhafte Integrationskonzepte für Flüchtlinge und so weiter.

Wie die freie Meinungsäußerung unfrei wird

Warum ist der politische Diskurs unsachlich geworden, emotionsgeladen? Und warum findet andererseits so wenig Protest und Widerstand gegen Missstände statt? Abgesehen von den Aufrufen der weltweiten Protestbewegungen wie Attac, Avaaz und Campact: Warum gehen die jungen Menschen in Deutschland selten auf die Straße, um einen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen? Warum wählen die Dreißigjährigen die CDU? Damit alles so bleibt wie es ist? Haben die Jungen in Deutschland keinen Grund, wütend zu sein, wie der junge Amerikaner Caspar Shaller in seinem Beitrag „Und ausgerechnet Ihr bleibt



still!“ in der ZEIT Nr. 38, fragt. Weil Merkel im letzten Jahr am 23. November gesagt hat: “Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick“?

Es fragt sich bloß, wem es denn so gut geht? Den Jugendlichen, die einen Job nach dem anderen annehmen müssen, um für ihren Lebensunterhalt aufzukommen? Den alleinstehenden Müttern, die mit Mühe und Not ihre Kinder durchbringen müssen? Den Rentnern und Rentnerinnen, die nach einem langen anstrengenden Arbeitsleben mit einer Minimalrente auskommen müssen, sich kleine Jobs suchen oder in den Müllleimern nach Pfandflaschen suchen, um ein paar Cents dafür zu bekommen? Den Kindern, die von ihren leistungsorientierten Eltern durch die trostlosen und verkommenen Schulen in einem maroden Bildungssystem lanciert werden? Oder wenn die Sprösslinge auf teure Privatschulen geschickt werden, in denen sie als Leistungsträger auf die große Karriere vorbereitet werden? Die schlecht bezahlten Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiter, das erschöpfte und überforderte Pflegepersonal in Krankenhäuser?

Die Liste derer, denen es in Deutschland keineswegs gut geht, ist lang.

Im Gegensatz zu anderen Ländern, wie USA, Großbritannien, Frankreich und Spanien, wo die Jugend für mehr soziale Gerechtigkeit auf die Straße geht, bleibt man in Deutschland, wie Shaller treffend bemerkt, stumm.

Oder – und das ist die andere Seite der Medaille: Es wird gemeckert und gemäkelt. Die Grenzen zwischen notwendiger Kritik einerseits und herabsetzender Meinungsäußerung sind in der viel beschworenen Meinungsfreiheit verwischt. Jede, jeder kann „die eigene Meinung“ sagen und pocht auf diesem Recht. Ist es jedoch genug, diese Meinung heraus zu posaunen oder zu posten und es dabei zu belassen? Welche Qualität sollten Meinungen haben, damit sie ein Ausdruck eines politisch verantwortlichen Denkens sind und flächenweit wirken?

Meinungen statt Positionen

Viele öffentlich und privat geäußerte Meinungen zu gesellschaftlichen Themen basieren auf Gefühlen, auf eigener Verletztheit. Meinungen sind häufig gesteuert durch Frust und die Wut, sich nicht akzeptiert und verstanden zu fühlen. Mit Faktenkenntnis und fundiertem Urteilsvermögen oder gar einer begründeten politischen Position haben viele dieser Meinungen wenig zu tun.

Dieses Problem hat bereits Hannah Ahrendt in ihrem berühmten Essay „Wahrheit und Politik“ u. a. zur Sprache gebracht: Wenn Meinungen nicht auf Fakten, Wissen und Reflexionen beruhen, führen sie ein fatales Eigenleben. Durch die in den Meinungen ausgedrückten Gefühle, in denen sich viele Gleichgesinnte wiederfinden, entstehen Meinungsclouds. Gefühlswolken ohne kritische Selbstreflexionen. Es ist so leicht, sich einer negativen Aussage anzuschließen und in das gleiche Horn wie andere zu blasen. Erfahrungsgemäß wirken zudem negative Inhalte weit reizvoller als positive. Sie sind wie ein Virus, der sich weit schneller ausbreitet als ein sinnvoller Gedanke. In diesem Verstärkungssystem des faszinierenden Negativums schlagen viele die gleiche Richtung ein, ohne darüber nachzudenken, welche Folgen dies haben könnte.

Im Zeitalter des vielbeschworenen Individualismus scheint es in Meinungswolken gemütlicher herzugehen als in der kalten Luft des klaren Denkens als Einzelner.



Dieses Phänomen ist nicht nur bei Usern, die sich auf den Internetforen äußern, zu finden, bei freien Journalisten, die um jeden Auftrag kämpfen und sich „eigene Meinungen“ nur begrenzt leisten können, sondern auch bei angestellten Journalisten, die den Positionen ihrer Zeitung, ihres Senders (bis zu einem gewissen Grad) zu entsprechen haben. Und wo ist hier die Grenze zwischen Anpassung an das System und der tatsächlichen Meinungsfreiheit?

Oder anders gesagt: Wie groß ist die Freiheit in der Meinungsfreiheit wirklich?

In letzter Konsequenz war und ist nie einfach, eine eigene Meinung zu haben und zu äußern, frei, sachlich, ungefährdet. Sie ist mit dem Risiko, unerwünscht und unbequem zu sein, für alle, die „anders“ denken und nicht gestört werden wollen.

Die Meinung und die Meinungsfreiheit haben ein Doppelgesicht. Meinung ja, aber welche? Meinungsfreiheit ja, aber wozu? Um welche Fragen ginge es dabei? Zum Beispiel um diese: Auf welchen Fakten und welchem Wissen basiert eine Meinung? Wie wird sie begründet? Auf welchen Realitätsausschnitt bezieht sie sich? Welche Gefühle werden damit ausgedrückt?

Anerkennung trotz allem?

Hier sind wir bei einem weiteren Problem, das sich auch in den politischen Diskursen widerspiegelt. Wie soll man das anerkennen und respektieren, was einem gegen den Strich geht?

Wer sich nicht respektiert fühlt, kann auch andere nicht respektieren. Und ich fürchte, es handelt sich um ein tiefer liegendes gesellschaftliches wie privates Problem.

In der Hektik des politischen Geschäfts wird deutlich, mit welchen eigenartigen Selbstdarstellungen Politiker um die Gunst der Wähler werben. Aber damit ist nicht garantiert, dass die damit verbundenen Versprechungen umgesetzt werden und die Politiker die Nöte, die Wut und die Sorgen ihrer Wähler auch kennen.

Ein Wahlplakat, auf dem ein Politiker mit einer netten alten Dame abgebildet ist oder auf dem ein anderer mit einem Kind spielt, ist noch kein Indiz für sein Verständnis für Kinder und Rentner und bedeutet überhaupt nicht, dass sich der Politiker für höhere Renten und ein besseres Bildungssystem einsetzen wird.

Die Folgen dieses Sich-Unverstandenfühlers der Wähler: Sie werden zu Protestwählern, sind rat- und orientierungslos und breiten sich mit abwertenden Kommentaren auf allen Kanälen und Ebenen aus.

Wer sich als Wähler nur als Stimmenlieferant angesprochen sieht, hat keine Lust, sich überhaupt mehr um Politik und die Wahlen zu scheren. Wer an allen Parteien etwas auszusetzen hat, nichts in den Parteiversprechen wiederfindet, was überzeugt, geht nicht zur Wahl. Immerhin sind das 25 % der Wähler. Wer einmal von einer der traditionellen Parteien überzeugt war und nun alle Hoffnung verloren hat, dass diese Partei noch etwas taugt, entscheidet sich für die Rechtspopulisten, für eine der kleinen Parteien oder wählt einfach nicht. Und wer meint, den traditionellen Parteien unbedingt eins auswaschen zu wollen, randaliert aus Frust.

Das sind die Stimmungen, die sich breit machen: Ich weiß nicht, was ich wählen soll. Ich weiß nicht, was Politik noch bewirken kann. Es hat alles keinen Sinn. Die interessieren sich ja sowieso nicht fürs Volk. Was



auf beiden Seiten fehlt, ist der Respekt und die Anerkennung auf verschiedenen Ebenen: Vonseiten der Politik die Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger, gleich, ob sie reich oder arm sind. Verantwortung für das Volk als staatspolitischer Auftrag und nicht als Propaganda-Mittel zum Wahlsieg. Vonseiten der Politikverdrossenen fehlt die Anerkennung der Tatsache, dass die Gesellschaft eine demokratische Gesellschaft ist, in der die Bürger von gewählten Politikern regiert werden, und die Politiker auf die Wähler angewiesen sind. Vonseiten der Nicht-Wähler die Anerkennung der Folgen einer Entpolitisierung. Wer nicht mehr mitreden will, über den wird entschieden. Kein Volk ohne Regierung. Keine Regierung ohne Volk. Wie soll das gehen – ohne nüchterne Anerkennung dieser Tatsachen? Soll sich jeder selbst regieren? Welche herrliche Utopie! Oder auch nicht!

Respekt und Anerkennung – aus der Mode gekommen?

Die 68er Bewegung wirkt auf diese Weise nach. Respekt dem eigenen Land gegenüber, das die Nazis an die Macht hat kommen lassen? Respekt den Vätern gegenüber, die Täter oder Mitläufer waren? Anerkennung einer Politik gegenüber, die zwar das Wirtschaftswunder fertig gebracht hat, aber keinen wirklichen kulturellen, geistigen Aufbruch nach 1945? Die Verzweiflung über das, was geschehen war, war so groß, dass vor allem der Antriebs blieb, das kaputt zu machen, was kaputt gemacht hat: die Diktatur der Unterordnung. Aber was kommt dann? Die Ablehnung von Autorität wird selbst autoritär. Und die Wut und Scham über die Vergangenheit macht die Sehnsucht nach Anerkennung zunichte.

Es ist durchaus möglich, dass diese Vorgeschichte eine Erklärung dafür ist, dass Meinungsfreiheit heute in eine Diktatur der maßlosen Meinungsfreiheit ausgeartet ist, die streng genommen weder etwas mit Freiheit noch mit einer fundierten und ernstzunehmenden Meinung etwas zu hat.

Ohne Anerkennung funktioniert nichts

Ich bin der Meinung, Respekt und Anerkennung sind existentielle Ausdrucksformen von Menschen für Menschen, ohne die – unabhängig von Modetrends und Zeit – weder Frieden noch Gedeihen in einer Gesellschaft möglich sind. Das ist kein primäres moralisches Problem, sondern eine Überlebensfrage – krass gesagt. Respekt setzt voraus, den anderen Menschen als ein eigenständiges Wesen mit einer Existenzberechtigung wahrzunehmen. Das verlangt Unterscheidungsvermögen, die Fähigkeit, die Unterschiede zwischen dem „Ich“ und dem „Anderen“ zu erkennen und nicht unbewusst zu erwarten, dass der Andere genauso sein muss, wie „Ich“. „Ich und der Andere“ – damit sind zwei Positionen gemeint, nicht nur Ich und Du. Das gilt nicht nur in persönlichen Beziehungen, sondern ebenso in nationalen und interkulturellen Beziehungen. Das Unterscheidungsvermögen ist eine weitere Bedingung für eine faire wie kritische Auseinandersetzung, in der differierende Positionen ausgetragen werden können. Das ist das Gegenprogramm zu dem, was heute über weite Strecken geschieht: Die Identifizierung des eigenen Wünschens und Wollens mit der vermeintlichen Realität. Wer nicht genau das macht, was ich will, was wir wollen und erwarten, ist unser Feind, ist abzulehnen, taugt nichts. Diesem Denk- und Erwartungsmuster, in dem das Unterscheidungsvermögen fehlt, liegt eine Gleichmacherei und ein unreflektiertes Wunschdenken zugrunde, das automatisch mit einer meist unfreiwilligen Respektlosigkeit einhergeht. Diese Entwicklung wiederum kontrastiert mit dem Grundbedürfnis eines jeden Menschen nach Anerkennung.



Weit mehr als Lob

Warum brauchen Menschen Anerkennung? Warum wird sie sehr oft nicht zum Ausdruck gebracht? Welche Folgen hat dies? Und was heißt Anerkennung eigentlich wirklich? Da Menschen unausweichlich soziale Wesen sind, bedeutet dies auch, dass sie in Bezug zueinander sein müssen, um miteinander mehr oder weniger friedlich leben zu können. Anerkennung ist der Ausdruck für Wahrnehmungs- und Handlungsakte: Zuhören, Hinsehen, Mitfühlen, als Voraussetzung für Zuwendung, Aufeinanderzugehen, Rede- und Antwort-Stehen, Sich-Verständigen, Bejahen und Akzeptieren. Werden diese Wahrnehmungs- und Handlungsakte nicht praktiziert, entsteht Beziehungslosigkeit. Und diese ist letztlich bedrohlich. Weil aus dieser Beziehungslosigkeit viele Probleme resultieren, die sowohl seelisch als auch sozial wie auch gesellschaftlich fatale Folgen haben können.

Kinder, die sich nicht anerkannt empfinden, leiden, sind emotional unterernährt, haben selbst später möglicherweise Beziehungsschwierigkeiten. Partner, die sich nicht anerkennen, geraten in Streit, Nationen, die sich nicht anerkennen, haben Konflikte bis hin zu Kriegen.

Anerkennung ist – so gesehen – eine weit unterschätzte *conditio sine qua non* für jede menschliche Beziehung im engsten wie im weitesten Sinn, vorausgesetzt, dass Frieden und Gelingen ein Ziel für das Miteinander sein sollte.

In dem Begriff Anerkennung ist „Erkennung“ und „Erkenntnis“ enthalten. Das Erkannte wird anerkannt, also nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch akzeptiert. Dem Erkenntnisakt allein folgt nicht unbedingt auch ein Akt der Akzeptanz. Erkennen und Anerkennen sind nicht identisch. Jede Erkenntnis kann auch abgelehnt werden und wird damit – streng genommen – hinfällig. Denn wenn Sie etwas erkannt haben, was Sie nicht akzeptieren, was tun Sie dann?

Es muss ein weiterer notwendiger Schritt gegangen werden: das Handeln. Was nützt es, wenn etwas erkannt und anerkannt wird, ohne dass die Anerkennung einen handlungspraktischen Ausdruck findet? Was bringt es, wenn Eltern die Hilfsbedürftigkeit eines Kindes zwar anerkennen, aber keine Zeit für das Kind haben? Was kommt dabei heraus, wenn ein Staat einen anderen per Vertrag anerkennt, aber bei der nächstbesten Gelegenheit mit demselben einen Krieg anfängt? Wenn ein Politiker die Menschenrechte abstrakt anerkennt, aber seine Parteigenossen entwertet, weil er die Konkurrenz zu ihnen nicht erträgt?

Anerkennung als Notwendigkeit

Mir geht es hier um diese Frage, die in engem Zusammenhang mit dem Thema meines letzten Buches steht: „Die gekränkte Gesellschaft“: Wie kann Anerkennung zum Gegenpol der Kränkung werden? Durch die Beschäftigung mit Hegel wurde mir klar, dass Anerkennung nicht nur ein psychologisches, sondern auch ein brisantes politisches Thema ist: Was geschieht, wenn der eine Staat den anderen in seiner Politik, Kultur, Religion nicht anerkennt? Was passiert, wenn sich verantwortliche Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft um der eigenen Anerkennung willen, nur um die eigene Machterhaltung bemühen und nicht die Interessen ihres Volkes oder ihrer Mitarbeiter im Visier haben? Welche Folgen hat es, wenn Erkenntnis, eine Voraussetzung von Anerkennung, schon im Vorfeld eines politischen Handelns gar nicht stattfindet? Dann gibt es Krieg, Kampf, Zerstörung und Chaos. Genau das, was heute an allen Ecken und Enden der Welt stattfindet.



Durch die Philosophie als Theorie lässt sich durchaus mehr erkennen und erklären, als es durch das alltägliche Denkvermögen möglich wird. Das ist einerseits ein großer Vorteil: Philosophen machen auf etwas Noch-Nicht-Gedachtes und Nicht-Gesehenes aufmerksam. Andererseits ist es ein großer Nachteil. In vielen philosophischen Entwürfen werden die Begrenztheit des Alltagsdenkens, die Triebhaftigkeit und die Irrationalität der Menschen nicht hinreichend in Betracht gezogen. Weil Anerkennung so komplex ist, sehr viele Fähigkeiten vom Menschen abfordert, bleibt sie sehr oft nur eine Idee, aber noch keine in die Tat umgesetzte Haltung und Handlung. Es ist eben leider unmöglich, vernünftig und verantwortlich zu handeln, wenn man nichts begriffen hat. Umso wichtiger wird es, sich umfassend mit Anerkennung zu befassen, um nicht in der Theorie stehen zu bleiben. Anerkennung wird damit nicht nur zu einer seelischen, individuellen Aufgabe und zu einem erstrebenswerten Ziel des persönlichen Handelns. Sie ist eine politische Kategorie, die erkannt und geübt sein will.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Autorin wieder.

Über die Autorin dieses Beitrags

Dr. Barbara Strohschein lebt in Berlin und ist als Philosophin und Expertin für Ethik und Werte-Fragen tätig und arbeitet als Beraterin, Coach, Autorin und Vortragsrednerin. Sie ist promoviert und hat das Studium der Philosophie, Soziologie und Psychologie abgeschlossen und ist auch in der Forschung tätig.

In ihrer philosophischen Praxis für Werte "cor amati" begleitet sie Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, Einzelpersonen mit individuellen Themen sowie Teams, die sich neu orientieren wollen.

Sie schreibt Blogbeiträge zu aktuellen Ethik- und Werte-Themen, veröffentlicht Bücher, wie ihr letztes Buch „Die gekränkte Gesellschaft“, München Random House 2015 und Rundfunk-Essays und hält Vorträge.

dr.barbara.strohschein@coramati.de

www.barbarastrohschein.de www.coramati.de



Dr. Barbara Strohschein